



Antrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Regionale Preissignale fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont die Bedeutung regionaler Preissignale für ein Gelingen der Energiewende. Der Landtag begrüßt, dass der erfolgreiche Netzausbau in Schleswig-Holstein zu einem relevanten Rückgang der netzbedingten Abregelungen von Anlagen zur Produktion erneuerbar erzeugtem Strom beigetragen hat. Der Landtag begrüßt ebenso, dass mit der seit 2025 erfolgenden Teil-Wälzung der Verteilnetzentgelte eine deutliche Entlastung der Stromkundinnen und Stromkunden in Schleswig-Holstein erreicht werden konnte.

Der Landtag stellt fest, dass in ganz Deutschland noch immer existierende Netzengpässe und steigende Redispatch-Kosten zeigen, dass die Fiktion einer deutschlandweiten Kupferplatte an ihre Grenzen stößt. Eine räumliche und zeitlich differenzierte Preisbildung kann und muss künftig Anreize für netz- und systemdienliches Verhalten setzen. Dies führt zu einer besseren Ausnutzung bestehender Netzkapazitäten und kann Investitionen dorthin lenken, wo tatsächlich erneuerbarer Strom erzeugt wird.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag das laufende Bidding-Zone-Review auf Basis der EU-Verordnung (EU) 2019/943.

Der Landtag bittet die Landesregierung, im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung dafür einzutreten, eine wissenschaftlich fundierte, ergebnisoffene und zügige Überprüfung der einheitlichen Stromgebotszone durchzuführen und dabei die volks-, klima- und regionalwirtschaftlichen Wirkungen transparent zu quantifizieren und darzustellen. Auf dieser Grundlage sollte ein Konzept für eine räumlich differenzierte Preisbildung auf den Weg gebracht werden.

Der Landtag stellt ferner fest, dass Haushalte und Unternehmen in Schleswig-Holstein noch immer überdurchschnittlich hohe Netzentgelte tragen müssen, da der

Netzausbau zur Integration erneuerbarer Energien hier besonders voranschreitet. Er fordert, dass bei künftigen Entlastungen bei den Netzentgelten auch bzw. insbesondere Regionen mit hoher Einspeisung von erneuerbaren Energien mindestens gleichwertig zum deutschen Durchschnitt entlastet werden müssen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, für eine konsequente Reform der Netzentgelte einzutreten, die unter anderem netz- und systemdienliches Verhalten (Lastverschiebung, Flexibilität, Speicher) dynamisch und zeitnah honoriert ohne Haushalte zu überfordern. Es bedarf insbesondere einer systematischen Integration netzdienlicher Anreize in das Entgeltsystem und regionale Preissignale über zeit- und ortsvariable Netzentgelte.

Begründung:

Schleswig-Holstein ist Energiewendeland Nummer eins. Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie an Land und auf See, leistet einen zentralen Beitrag zur Versorgungssicherheit, zum Klimaschutz und zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Mit dem erfolgreichen Netzausbau im Land ist es bereits gelungen, die netzbedingten Abregelungen deutlich zu reduzieren. Dennoch bestehen bundesweit weiterhin erhebliche Netzengpässe, die hohe Kosten verursachen – insbesondere durch Redispatch-Maßnahmen.

Diese Situation zeigt, dass das bestehende Strommarktdesign mit einer einheitlichen Gebotszone und regional sehr unterschiedlichen Netzentgelten strukturell an seine Grenzen stößt. Die Fiktion einer deutschlandweiten „Kupferplatte“ wird den tatsächlichen Gegebenheiten im Stromsystem nicht mehr gerecht. Regionale Preissignale – etwa über netz- und systemdienlich gestaltete Netzentgelte – sind daher ein wichtiges Instrument, um die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur zu optimieren, neue Investitionen gezielt zu lenken und die Gesamtkosten der Energiewende zu senken.

Zugleich ist das aktuelle System der Netzentgelte für viele Regionen mit besonders hohem Anteil an erneuerbarer Stromerzeugung ungerecht. Haushalte und Unternehmen in Schleswig-Holstein zahlen noch immer überdurchschnittlich hohe Netzentgelte, da der Netzausbau zur Einspeisung erneuerbaren Stroms hier besonders weit fortgeschritten ist. Die ab 2025 greifende Teil-Wälzung der Netzentgelte ist ein wichtiger erster Schritt, reicht jedoch nicht aus, strukturelle Probleme zu beheben.

Für ein nachhaltiges, faires und zukunftsfestes Energiesystem braucht es deshalb eine umfassende Reform der Netzentgeltsystematik. Diese muss netzdienliches Verhalten wie Lastverschiebung, Flexibilität und Speicher gezielt belohnen, dabei aber soziale Ausgewogenheit und Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten. Regionale Preissignale über zeitlich und räumlich differenzierte Netzentgelte – insbesondere für industrielle und gewerbliche Verbraucher – können ein wesentlicher Baustein für eine volkswirtschaftlich effiziente, technologisch fortschrittliche und sozial verträgliche Energiewende sein.

Andreas Hein
und Fraktion

Ulrike Täck
und Fraktion